

Verbände des Bäder- und Kurwesens fordern Korrektur der „Gaspreisbremse“

In einem Schreiben an Bundesminister Dr. Robert Habeck haben führende Verbände des deutschen Bäder- und Kurwesens eine Korrektur der geplanten Gaspreisbremse gefordert. Werde der Entwurf der Expert:innen-Kommission in der vorliegenden Form umgesetzt, sei dies eine Benachteiligung der Bäder, Saunabetriebe und Kureinrichtungen gegenüber anderen Unternehmen. Der Festlegung des Gaspreisdeckels würden Verbrauchswerte aus Zeiträumen zugrunde gelegt, in denen die genannten Einrichtungen pandemiebedingt geschlossen bzw. in ihrem Betrieb massiv eingeschränkt waren. Die Verbrauchswerte aus den von der Kommission vorgeschlagenen Referenzzeiträumen entsprechen folglich nicht ihrem realen Energiebedarf.

In einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck schlagen die Verbände daher vor, für die von coronabedingten Schließungen und Einschränkungen betroffenen Unternehmen die Verbräuche aus dem Jahr 2019 zur Grundlage der Ermittlungen für den Garantiepreis zu nehmen, da nur dieses als letztes vorpandemisches Jahr den wirklichen Energiebedarf widerspiegelt.

„Für unsere Betriebe ist eine schnelle und umfassende Entlastung durch Finanzhilfen umso wichtiger, als wir durch staatlich verordnete Schließungen und Einschränkungen des Betriebs unter den Folgen der COVID-19-Pandemie deutlich stärker leiden mussten als andere Wirtschaftszweige. Viele unserer Unternehmen haben sich von den Einbußen wirtschaftlich noch nicht erholt und müssen bei einer weiteren finanziellen Belastung um ihre Existenz fürchten“ heißt es in dem Schreiben.

Durch zahlreiche Maßnahmen hätten die öffentlichen Bäder, Saunaanlagen und Kureinrichtungen in Deutschland bereits bewiesen, dass sie dem Wunsch der Bundesregierung Folge tragen, durch gemeinsame Anstrengungen den Energieverbrauch zu reduzieren, um eine möglichst große Versorgungssicherheit für den bevorstehenden Winter zu gewährleisten. Die Bäderbranche sei eine der ersten gewesen, die von sich aus bereits im Frühjahr dieses Jahres aktiv geworden ist. Doch nunmehr seien die Einsparpotenziale weitgehend ausgereizt und steigende Energiekosten bedeuteten für viele Bäder, Saunen und Kureinrichtungen eine substantielle Bedrohung ihres Fortbestands. Zudem ist noch nicht final geklärt, ob und in welchem Umfang diese Betriebe die geplanten Finanzhilfen in Anspruch nehmen können, was die Unsicherheit bei den Unternehmen und ihren Mitarbeitenden gleichermaßen erhöht.

Unterzeichnet wurde das Schreiben von nachfolgenden Verbänden und Gruppierungen:

- Bäderallianz Deutschland
- Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e.V.
- Deutscher Sauna-Bund e.V.
- European Waterpark Association e.V.
- IAB Internationale Akademie für Bäder-, Sport- und Freizeitbauten e.V.
- IAKS International Association for Sports and Leisure Facilities Deutschland e.V.
- Arbeitsgemeinschaft öffentliche Bäder Baden-Württemberg e.V.
- Gesundheits- und Kurortverband Brandenburg e.V.
- Nordrhein-Westfälischer Heilbäderverband e.V.
- Sächsischer Heilbäderverband e.V.
- Thüringer Heilbäderverband e.V.
- Verband Deutscher Kneippheilstädter und Kneippkurorte

V.i.S.d P. und weitere Informationen:

*Dr. Klaus Batz, European Waterpark Association e.V.
Josephsplatz 4, 90403 Nürnberg, batz@ewa.info, 0911/24 06 145*

